

Stand: 14.05.2024 12:19:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18564

"Die Staatsregierung muss das Chaos in der Energiepolitik umgehend beenden!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18564 vom 26.10.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18645 vom 27.10.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Die Staatsregierung muss das Chaos in der Energiepolitik umgehend beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass eine erfolgreiche Energiewende Grundvoraussetzung für das Erreichen der Pariser Klimaziele ist. Der Landtag unterstreicht, dass ihr Gelingen wiederum essenziell vom Faktor Zeit abhängt. Der Landtag äußert besorgt, dass angesichts der offensichtlichen Uneinigkeit innerhalb der Staatsregierung bei zentralen energiepolitischen Fragen die Handlungsfähigkeit des Freistaates für die verbleibende Legislaturperiode ernsthaft gefährdet ist.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher auf, unverzüglich die Konflikte auszuräumen und bisher verschleppte, aber dringend notwendige energiepolitische Maßnahmen (Windkraftausbau, Photovoltaikausbau auf Neubauten, Nutzung der Potenziale der Geothermie, Vorlage des Klimaschutzgesetzes, Akzeptanzförderung beim Netzausbau) auf den Weg zu bringen. Ziel muss die Dekarbonisierung des Energiesektors bis 2030 sein.

Begründung:

Der Ausbau der Windenergie in Bayern ist mit der Einführung der 10H-Regelung beinahe vollständig zum Erliegen gekommen. Während es von Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber einen Vorstoß zur Abschaffung der 10H-Regelung gab, wird dies seitens der CSU – trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken – nach wie vor ausgeschlossen. Die Staatsregierung hat seit Beginn der Legislaturperiode nicht vermocht, Alternativansätze zu entwickeln, die zu einem nennenswerten Windenergieausbau geführt hätten. Mit der jüngsten Ankündigung von mehreren hundert Windkraftanlagen (500 – 1 000 WKA) in bayerischen Wäldern haben Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) und Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER) zunächst lediglich die Ankündigungspolitik fortgesetzt und hochgeschraubt – offenbar ohne dies mit der für Staatsforste zuständigen Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Michaela Kaniber (CSU) abzustimmen. Diese warnte vielmehr davor, „die bayerischen Wälder unkontrolliert mit Windrädern vollzupflastern“. Und weiter: „Pauschale Ansätze, einfach möglichst viele Windräder in Bayerns Wäldern zu errichten, sind schöne Worte ohne wirkliche Lösung. Wer die heimischen Wälder dabei einfach hinter energiewirtschaftliche Interessen zurückstellt, opfert unsere Wälder und damit unsere Heimat.“ Dabei hatte Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits 2019 100 Windkraftanlagen in Staatsforsten angekündigt und in seiner Regierungserklärung

im Juli 2021 diese Ankündigung dann auf 500 erhöht. Bis Sommer 2021 war noch keine errichtet.

Ein weiterer Streitpunkt der bayerischen Energiepolitik ist/war die Frage nach einer Photovoltaikpflicht auf Neubauten. Ministerpräsident Dr. Markus Söder hatte diese für gewerbliche Neubauten bereits für Anfang 2021 zugesagt, um dann in seiner Regierungserklärung im Juli 2021 die Umsetzung auf Bundesebene zu fordern. Derweil haben andere Bundesländer bereits entsprechende Regelungen erlassen.

Neben dem massiven und beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen die Stromnetze ausgebaut werden. Das ist auch für die Versorgungssicherheit in Bayern relevant. Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger hat sich bei mehreren Gelegenheiten – u. a. in seiner Regierungserklärung 2019 – kritisch zu den Trassen geäußert und damit die Akzeptanz bei der Bevölkerung untergraben.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/18564

Die Staatsregierung muss das Chaos in der Energiepolitik umgehend beenden!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Stümpfig

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander König

Abg. Christian Klingen

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Albert Duin

Staatsminister Hubert Aiwanger

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ralf Stadler

Abg. Raimund Swoboda

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es kommt nun zum gemeinsamen Aufruf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Windkraft ausbauen - für Klimaschutz, niedrigere Strompreise und mehr Wertschöpfung im Land (Drs. 18/18561)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Die Staatsregierung muss das Chaos in der Energiepolitik umgehend beenden! (Drs. 18/18564)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Stümpfig für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeden Monat kommen neue Argumente dazu, endlich 10 H abzuschaffen. Aktuell sind es die stark gestiegenen Strompreise. Gerade jetzt, wo wir an der Börse sehen, dass die Preise für fossile Energieträger in die Höhe schießen, schaffen es Sonne und Wind, diese Preise zu dämpfen. Seit Jahresbeginn haben wir an der Strombörse in Leipzig eine Verdreifachung der Energiepreise beobachten müssen. Gleichzeitig sehen wir aber: Je mehr erneuerbare Energien in dem Moment im Netz sind, desto günstiger ist der Strompreis. Da schafft es vor allem die Windkraft gerade im Herbst und im Winter, die Strompreise stark zu dämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letzte Woche haben wir es zum Beispiel beobachtet: Ein Tiefdruckgebiet geht über Deutschland. Vorher waren die Strompreise bei 30 Cent pro Kilowattstunde. Dann gingen sie schlagartig nach unten bis auf null Cent. Das ist das Ergebnis des Einsatzes erneuerbarer Energien.

Bayern – das muss man hier wirklich klar sagen – ist bei billigen Strompreisen ein Klotz am Bein: eine unglaublich hohe Nachfrage, aber gleichzeitig kaum Produktion, gerade in dieser Winterstromzeit. Die Winterstromlücke in Bayern wird immer größer. Das treibt die Preise an der Börse nach oben. Mittlerweile sagen 83 % der bayerischen Unternehmen, dass sie die Energie- und Rohstoffpreise als Risiko einschätzen. Aber die Lösung für dieses Problem, die Lösung für die Winterstromlücke gibt es nicht. Da blockieren CSU und FREIE WÄHLER weiterhin. Es gibt keine Lösungen. Ich sage Ihnen ganz klar: Eine Lösung wäre, endlich mit dem Kasperltheater bei 10 H aufzuhören und endlich zu sagen: Schluss damit, Abschaffung von 10 H!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ziel muss sein, dass wir bis 2035 zu 100 % erneuerbare Energien nutzen bei 70 % Eigenerzeugung in Bayern. Das ist auf jeden Fall möglich. Dafür brauchen wir aber eine gute Landesplanung. Diese Landesplanung kann dann genau sehen, wo geeignete Standorte sind. Es geht nicht so wie diese Woche, als der Wirtschaftsminister Aiwanger gesagt hat: Wir schieben alles in die Wälder. – Dann kommt sofort die Retourkutsche von der Landwirtschaftsministerin Kaniber: Nein, auf keinen Fall in die Wälder! – Das ist doch keine Planung! Da sagt der eine hü, der andere hott. Dieses Kasperltheater muss endlich vorbei sein.

Wenn in Berlin entschieden wird, dass zwei Prozent der Landesfläche der Bundesländer ausgewiesen werden müssen, dann kann sich Bayern als größtes Bundesland hier keinen schlanken Fuß machen. Wir sind das größte Bundesland und haben auch noch den größten Bedarf an Stromimporten. Im letzten Jahr lagen die Stromimporte bei 12 bis 13 Terawattstunden. Der Import steigt jährlich an. Ich nenne die eben angesprochene Winterstromlücke. Deswegen brauchen wir eine gute Landesplanung. Da müssen alle 16 regionalen Planungsverbände mitmachen. Vier dieser Planungsverbände haben in Bayern überhaupt keine Flächen ausgewiesen. Viele andere haben nur sehr wenige Flächen ausgewiesen. Deshalb noch einmal der klare Appell: Die bayerische Industrie profitiert sehr stark von dem Ausbau der Windkraft im Norden. Es

kann doch nicht sein, dass wir als größtes Bundesland dazu keinen Beitrag leisten. Deshalb brauchen wir jetzt endlich mehr Windkraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu den Zahlen, die von Herrn Dr. Söder und von Herrn Aiwanger genannt wurden. Zuerst hat Ministerpräsident Dr. Söder die Zahl 100 genannt. Dann hieß es 300. In diesem Sommer hieß es 500. Herr Aiwanger sagte zunächst 300, jetzt sagt er 1.000. Diese Zahlen stehen nur im luftleeren Raum. Tatsächlich hatten wir im Jahr 2020 gerade einmal vier Genehmigungen. Der Zubau ist mit sieben bis neun Windrädern pro Jahr immer noch einstellig. Diese Zahlen beziehen sich wohlgerne nicht auf einen Landkreis, sondern auf ganz Bayern. Das ist eine Schande.

Von der CSU und den FREIEN WÄHLERN kommt jetzt bestimmt wieder der Vergleich mit Baden-Württemberg. Das Land Baden-Württemberg hat im Jahr 2020 21 Genehmigungen erteilt und hat momentan 132 Anlagen im Genehmigungsprozess. In Bayern befinden sich lediglich 21 Anlagen im Genehmigungsprozess. Bayern ist also definitiv das Schlusslicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für einen richtigen Aufschwung brauchen wir viele Maßnahmen. Es reicht nicht aus, ein bisschen an der 10-H-Regelung herumzudoktern. Wir brauchen einen klaren Schnitt. Haben Sie endlich den Mut, klar zu sagen, dass es ein Fehler war, diese Regelung im Jahr 2014 einzuführen! Nehmen Sie diese Regelung zurück! Wir müssen zwei Prozent der Landesfläche für die Windkraft zur Verfügung stellen. Gründe dafür gibt es genügend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig.
– Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl für die SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Themen Windkraft und Energiepolitik beschäftigen uns fast jede Woche im Landtag. Das ist auch richtig so; denn der Klimaschutz und die Energiewende sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, bedarf es einer stringenten Politik. Doch die Staatsregierung liefert leider das Gegenteil davon ab. Sehen wir uns das Thema Wind an: Ich habe Ende letzten Jahres Frau Ministerin Kaniber nach den Ergebnissen der Potenzialanalyse für Windräder in den Staatsforsten gefragt. Die Antwort kam im Januar und lautete: Erstens. Das Gutachten habe über 100.000 Euro gekostet. Zweitens. Das Potenzial sei gering. Diese Erkenntnis habe man auch gleich an das Wirtschaftsministerium weitergeleitet.

Vor zwei Tagen haben die Minister Aiwanger und Glauber in den Wäldern Bayerns ein Potenzial von 500 bis 1.000 Windrädern entdeckt. Wahrscheinlich haben sie ein neues Gutachten in Auftrag gegeben. Die Retourkutsche von Frau Staatsministerin Kaniber kam dann sofort. Ich frage Sie alle: Ist es eigentlich zu viel verlangt, dass angesichts dieser großen Herausforderung die zwei zuständigen Minister wenigstens einmal miteinander reden und sich auf irgendetwas einigen?

(Beifall bei der SPD)

Von einer überzeugenden Strategie wagt man bei dieser in der Energiepolitik völlig dysfunktionalen Regierung noch nicht einmal mehr zu träumen. Wir können in allen Bereichen des Klimaschutzes Streitereien und Stillstand feststellen. Die Neufassung des Klimaschutzgesetzes liegt auf dem Tisch der Streitparteien. Sie liegt dort und liegt und liegt. Daneben liegt die Teilfortschreibung des LEP, also des Landesentwicklungsprogramms, in dem neue Leitplanken für den Klimaschutz und die Auswirkungen auf die Flächen dargelegt werden sollen. Ein Ende dieser Auseinandersetzungen ist nicht abzusehen. Ich weiß nicht, worüber gestritten wird. Müsste ich wetten, würde ich entweder auf die Quadratmeter beim Einzelhandel oder auf die geliebte dritte Startbahn tippen. Die Zeit drängt aber. Wir müssen ins Handeln kommen. Staatssekretär Weigert

hat richtig gesagt: Eine Verschleppung können wir uns nicht mehr leisten. – Unser Antrag zählt die notwendigen Maßnahmen auf.

Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN geht in die richtige Richtung. Wir werden ihn unterstützen. Ich habe nur einen Kritikpunkt: In eurem Dringlichkeitsantrag habt ihr die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, vergessen. Wir brauchen gute Ideen und Programme zur Akzeptanzsteigerung von Windrädern. Eine Alibi-Kampagne pro Windkraft reicht dabei nicht aus. In diesem Sinne: Lasst uns gemeinsam zum Handeln kommen, und lasst uns tatkräftig beim Thema Klimaschutz voranschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Alexander König das Wort.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich beschäftigt uns das Thema Windkraft hier im Wochenrhythmus. Zum Thema Windkraft wird hier Woche für Woche mit viel Schaum vor dem Mund gesprochen. Dabei wird der Eindruck erweckt, als wäre die Windkraft das Allheilmittel bei der Energiewende. Deshalb lohnt es sich, dass ich zu Beginn meiner Ausführungen ein paar ganz nüchterne Zahlen in den Raum stelle. Zur Bruttostromerzeugung hat die Windenergie im Jahr 2020 6,1 % beigetragen. Der Anteil der Photovoltaik in Bayern an der Bruttostromerzeugung belief sich auf 17,4 %. Insgesamt belief sich der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Bruttostromerzeugung auf 53 %. So viel vorweg.

Uns liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor, zunächst der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, in dem die GRÜNEN in acht Spiegelstrichen ihre Ideen vorbringen, wie das Thema Windkraft vorangebracht werden könnte. Der zweite Dringlichkeitsantrag stammt von der SPD und enthält keine konkreten Vorschläge. Er stellt für mich ein Nullum dar. Wir werden ihn ablehnen, und ich muss dazu nichts weiter sagen.

Zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN: Im ersten Spiegelstrich wird die Idee vorgebracht, man sollte das Ausbauziel für die Windkraft in Bayern von derzeit 2,5 GW auf 10 GW bis zum Jahr 2030 vervierfachen. Natürlich ist es legitim, Ziele zu formulieren. Das ist über alle Parteigrenzen hinweg üblich, gerade beim Thema Klimawende. Allerdings plädiere ich dafür, Ziele zu formulieren, die zumindest ansatzweise realistisch sind.

Herr Kollege Stümpfig hat soeben Zahlen genannt, zum Beispiel wie viele Windräder in Bayern und im Nachbarland Baden-Württemberg in jüngster Zeit verwirklicht wurden. Ich beziehe mich darauf. Ich weiß nicht, ob die Formulierung des Ziels, in neun Jahren aus 1.100 Windrädern 4.500 Windräder zu machen, realistisch ist oder ob es eine Illusion ist. Dem einen oder anderen mag dieses Ziel eher als Fata Morgana erscheinen. Wenn sie von 6,1 % ausgehen, die die Windenergie in Jahr 2020 zur Bruttostromerzeugung in Bayern beigetragen hat, würde das nicht zu dem Beitrag führen, der hier immer wieder dargestellt wird. Ich halte es im Übrigen für höchst unwahrscheinlich, dass das möglich wäre.

Ich bin neugierig, ob wir die Mär von 10 H heute zum letzten Mal hören. Eines ist klar: Wenn Sie den Ausbau der Windenergie in Bayern mit dem Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg vergleichen, wo es bekanntlich keine 10-H-Regelung gibt, können Sie unschwer erkennen, dass der Ausbau der Windenergie nicht an 10 H scheitert, weil dieser Ausbau in Baden-Württemberg auch nicht schneller vorangeschritten ist. Wir hatten im Jahr 2019 in Bayern einen Anteil der Windenergie an der Bruttostromerzeugung von 6,7 %, in Baden-Württemberg waren es im Jahr 2019 5,1 %. Bezogen auf die Anzahl der Einwohner ist die installierte Menge mit 191 Kilowatt deutlich höher als in Baden-Württemberg mit 144 Kilowatt.

Wenn Sie also diese Zahlen einmal ganz nüchtern nebeneinanderstellen, dann bitte ich Sie, endlich von der Annahme Abstand zu nehmen, dass die 10-H-Regelung der Grund dafür wäre, dass der Windenergieausbau nicht so schnell voranschreitet, wie Sie ihn sich wünschen, und ich füge ausdrücklich hinzu: wie auch wir uns ihn wün-

schen. Natürlich gibt es einen Grundkonsens darüber, dass wir die erneuerbaren Energieträger brauchen, und da gehört natürlich die Windenergie dazu. Natürlich muss die Windenergie ausgebaut werden. Das ist unstrittig; da sind wir d'accord. Nur bei den einzelnen Punkten, was wesentlich dazu beitragen kann und was nicht, haben wir unterschiedliche Einschätzungen.

Das gilt auch für Ihren dritten Spiegelstrich, in dem Sie eine Verankerung des Zwei-Prozent-Flächenziels im Landesentwicklungsprogramm fordern. – Auch das wäre wieder ein schönes Ziel. Das ist ein Vorschlag, der juristisch möglich, am Ende aber eine Scheinlösung wäre, weil wir alle wissen, dass das bloße Herunterbrechen auf den Prozentsatz einer Fläche zu keiner Problemlösung führt, weil wir im Land natürlich höchst unterschiedliche Voraussetzungen in der Fläche haben. Es ist nicht so einfach, 2 % der Landesfläche herunterzuberechnen, damit rechnerisch dieses oder jenes Ziel zu erreichen und damit das Thema zu erledigen.

Zu den Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten und dem Wirken der regionalen Planungsverbände: Hier bin ich relativ nahe bei Ihnen, Herr Kollege Stümpfig, weil auch ich der Meinung bin, dass in den regionalen Planungsverbänden wirklich noch einmal sehr ernsthaft überlegt werden muss und darüber beraten werden sollte, ob, wo, wie, welche Gebiete ausgewiesen werden. Hierzu gibt es Beschlüsse, die teilweise Jahre zurückliegen.

Ich persönlich bin – ich spreche hier von mir ganz persönlich – nicht abschließend davon überzeugt, dass dieser Problembereich über die Jahre hinweg in allen Planungsverbänden mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit angesichts der Wichtigkeit des Ziels behandelt wurde. Hier ist noch Luft nach oben. Wir müssen auf der anderen Seite aber auch ehrlich sagen, dass es eine Planungshoheit dieser Planungsverbände gibt. Die Vorstellung, dass wir als Parlament den regionalen Planungsverbänden von oben herab im Detail sagen können, dass dieses oder jenes Gebiet falsch eingeschätzt wurde und das anders werden muss, wird nicht so einfach sein. Auch im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gibt es eine Planungshoheit der regionalen

Planungsverbände. Ich sehe mit Ihnen zusammen aber auch die Aufgabe, dass das wirklich noch einmal eingehend überdacht wird, weil man hier auch noch zu anderen Ergebnissen kommen könnte. Vielleicht hat man es sich in dem einen oder anderen Planungsverband oder dem einen oder anderen Landesteil in der Vergangenheit bei diesen Dingen etwas zu leicht gemacht, die man unter dem Lichte der heutigen Problemlage vielleicht noch einmal neu betrachten sollte.

Beim Thema Windkrafteerlass stimme ich nicht mit Ihnen überein. Der Windkrafteerlass ist kein Gesetz, hat letztlich also keine juristische Wirkung, weil er einfach nur beim Ausbau der Windenergie helfen soll. Wenn Sie konkrete Vorschläge haben, wie dieser überarbeitet werden soll – er wird ja auch überarbeitet –, dann tragen Sie diese bitte an das Ministerium heran. Das gilt genauso für konkrete Vorschläge zum sogenannten Bürokratieabbau in diesem Bereich. Ich bin davon überzeugt, dass alle bemüht sein werden, konkrete Vorschläge, wenn sie denn kommen, zu verfolgen.

Zur Unterstützung: Ja, es gibt Unterstützung. Es gibt die Unterstützung der Projektierer beim Netzanschluss. Es gibt im Wirtschaftsministerium einen Energiebeirat. Herr Staatsminister, ich bin davon überzeugt, dass das Wirtschaftsministerium auch im Einzelfall jede mögliche Unterstützung bei derartigen Fragen gibt.

Zur Kampagne: Herr Stümpfig, Sie wissen, dass es die Kampagne gibt; sie heißt "AUFWIND". Wir haben dafür sogar Planstellen bereitgestellt. Es gibt die "Windkümmerer"; sie sind auch tüchtig unterwegs. Sie sind nach den Zahlen, die mir geliefert wurden, bei 36 konkreten Projekten unterwegs. Sie sind also konkret in 40 bis 50 Gemeinden unterwegs; hier tut sich etwas.

Abschließend – ich muss ein bisschen auf die Uhr schauen, weil wir noch beide Dringlichkeitsanträge zur 10-H-Regelung haben: Sie wollen doch eine Regierung bilden; angeblich wollen Sie am 6. Dezember 2021 den Heilsbringer Olaf Scholz in Berlin zum Bundeskanzler wählen. Entsprechend gehe ich davon aus, dass Sie am 7. Dezem-

ber 2021 die dringendsten Gesetzgebungsvorhaben in Berlin auf den Weg bringen werden.

(Zuruf)

Bei der 10-H-Regelung ist das eine sehr einfache Angelegenheit, wenn ich einmal einen Hinweis geben darf, Herr Stümpfig. Das ist das einfachste Gesetzgebungsverfahren, das ich mir vorstellen kann. Wenn Sie wirklich die Bürgerbeteiligung in Bayern ausschalten und die 10-H-Regelung zu Fall bringen wollen, dann können Sie diese mit Ihrer neuen Koalition in Berlin über Nacht zu Fall bringen. Ich persönlich rechne eigentlich damit und bin gespannt, was dann passieren wird.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen voraus, dass wir ein Jahr später nicht die Anzahl von Windrädern haben werden, die Sie sich durch den Wegfall der 10-H-Regelung erhoffen, weil die Ursachen dafür, dass der Ausbau nicht so vorangeht, wie wir uns das vorstellen, leider nicht allein darin zu finden sind.

Das war die Zusammenschau. Ich habe mir alle Mühe gegeben, auf alle acht Spiegelstriche einzugehen. In der Summe können wir dem Antrag nicht zustimmen. Ich muss auf die Uhr schauen und bitte um Verständnis. Wir werden demnächst im Ausschuss sicher wieder dasselbe Thema haben.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege König, Sie bekommen noch eine Redezeitverlängerung durch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege König, ich entnehme Ihren Aussagen, dass Sie ganz froh wären, wenn Sie aus dieser Sackgasse der 10-H-Regelung herauskämen, wenn dann aus Berlin die Entscheidung kommt. Aber es ist schon traurig, dass

Sie sich jetzt auf Berlin verlassen müssen, um aus dieser Lage herauszukommen, weil Sie es nicht selbst schaffen.

Zu Ihrer Zahl von 6,1 % Beitrag der Windenergie in Bayern: Sie sagen, mehr gehe nicht oder Windkraft spiele keine große Rolle. – Genau das ist der Fall, weil Sie das seit Jahren blockieren. Deutschlandweit hatten wir im letzten Jahr knapp 25 % Beitrag der Windenergie, also ein Vielfaches von dem Prozentsatz in Bayern. In Bayern geht halt nichts vorwärts.

Noch einmal zu dem Zubau Baden-Württembergs: Die Einheit ist Kilowattstunden pro Quadratmeter, weil man immer sehen muss, wo die großen Bundesländer mehr können. Hier hatte Baden-Württemberg 2,4 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Bayern 0,3 Kilowattstunden pro Quadratmeter. Dazwischen liegt der Faktor 8, Herr König. In Baden-Württemberg gab es achtmal so viel Windenergie wie in Bayern.

Zu Ihren letzten Äußerungen zum regionalen Planungsverband: Ich bin ja schon einmal froh, dass die Debatte heute zumindest einmal etwas sachlicher ist und eingestanden wird, dass hier mehr passieren muss. Hier muss aber auch aus München der Appell kommen. Ich bin in einem regionalen Planungsverband – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – Ja. – Es muss aus München der Appell kommen, dass man das will, damit etwas vorwärtsgeht. Noch eine letzte Frage: Warum gibt es eine Unterscheidung zwischen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten, sodass anscheinend nur in den Vorranggebieten die 1.000-Meter-Beschränkung gelten soll?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alexander König (CSU): Herr Kollege Stümpfig, es freut mich, dass Sie persönlich in Ihrem regionalen Planungsverband aktiv sind. Ich bin sehr neugierig und es wäre interessant, wenn Sie uns bei Gelegenheit einmal im Ausschuss berichten würden, wel-

che Erfolge Sie auf dem Gebiet bisher in Ihrem regionalen Planungsverband erreicht haben. Jeder sucht sich die Statistik, die er gerne hätte; so kommt es mir vor, wenn Sie auf Kilowattstunden pro Quadratmeter usw. herunterrechnen. Schauen Sie sich einfach einmal die Anzahl der Anlagen an. Wenn Sie die Anzahl der Anlagen und die Leistungsfähigkeit dieser Anlagen anschauen, dann stellen Sie in der Summe fest – ich muss Ihnen das jetzt nicht noch einmal alles vorbeten –, dass Baden-Württemberg beim Ausbau der Windenergie genauso hinterherhinkt wie wir in Bayern, im Ergebnis sogar mehr. Da gibt es bisher keinen qualitativen Unterschied,

(Zuruf)

und zwar überhaupt keinen. Das lässt sich auch mit Statistiktricks nicht vermeiden.

(Zuruf)

Wie gesagt, wir können die Rechnung in einem Jahr noch einmal aufmachen.

Zum Thema der 10-H-Regelung sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit:

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Wir stehen im Grunde zur 10-H-Regelung, weil wir die Bürgerbeteiligung haben wollen. Wir gehen davon aus, dass man bei jeder Fabrik und bei jeder großtechnischen Anlage –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege König. Vielen Dank.

Alexander König (CSU): – sofort, Herr Präsident – eine Bürgerbeteiligung braucht und ein Bauleitverfahren dazu ein geeignetes Mittel ist. Sie wollen diese Bürgerbeteiligung nicht.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr König.

Alexander König (CSU): Sie können diese in Berlin abschaffen, und dann schauen wir einmal, was dann passiert.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Christian Klingen für die Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag wollen die GRÜNEN die Windkraft für Klimaschutz, niedrigere Strompreise und mehr Wertschöpfung im Land ausbauen. Wie vor allem die letzten beiden Punkte funktionieren sollen, bleibt wohl das Geheimnis der GRÜNEN. Windräder laufen in Bayern im Schnitt gerade einmal 1.800 Stunden pro Jahr. Sie wollen die Energieversorgung Bayerns allen Ernstes zu 70 % auf einen Energieträger ausrichten, der vier Fünftel der Zeit gar nicht voll zur Verfügung steht, und dafür 2 % der Fläche unseres schönen Landes betonieren. 2 % der Fläche Bayerns entspräche mehr als der Hälfte der Fläche des Saarlandes.

Das ist noch nicht alles! Von den maximal 1,7 % der bayerischen Landesfläche, die theoretisch für Windkraft geeignet wäre, befindet sich knapp die Hälfte in ungünstigen Windregionen. Dort wird kein Windrad je wirtschaftlichen Nutzen erbringen. Bleiben also gerade mal 0,86 % der Fläche übrig. Von diesen 0,86 % windparktauglicher Fläche Bayerns liegen mehr als zwei Drittel, nämlich 70 %, im Wald. Wollen wir also an die Ziele der grünen Windradbauer herankommen, wird es dem Wald an den Kragen gehen; es muss kräftig abgeholzt werden – und zwar bis zu 600 Bäume für ein einziges Windrad, das übrigens zudem noch subventioniert werden muss. Das wollen wir doch nicht vergessen. Apropos Subventionen: Davon wird im Dringlichkeitsantrag nichts erwähnt. Mit welchen Kosten ist zu rechnen? – Auch das bleibt im Dunkeln. Stattdessen müssen wir noch die anderen Gefahren berücksichtigen, wie Vogel- und

Insektenvernichtung, Bodenaustrocknung sowie Klimaerhitzung, die speziell durch Abholzung erzeugt wird.

Tatsächlich ist die ganze ideologisierte Energiewende nichts anderes als verlogen und heuchlerisch. Wenn zu viel Wind weht, müssen wir unsere Energieüberschüsse zu Negativpreisen zulasten des Verbrauchers, der das Ganze bezahlen muss, ins EU-Ausland abgeben. Was aber, wenn kein oder zu wenig Wind weht? – Dann müssen wir zu überhöhten Preisen importieren: Atomstrom aus Frankreich, Kohlestrom aus Polen – alles, was bei uns verpönt ist.

Noch nie war Deutschland sowohl bei der Versorgung mit als auch bei der Verklappung von überschüssigem erneuerbaren Strom so abhängig von Nachbarländern wie seit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber Hauptsache, wir geben uns weiterhin das Image der energetischen Saubermänner, um grüne Ideologie zu bedienen.

Dank des Murks der Energiewende hat Deutschland heute die höchsten Strompreise der Welt. Für immer mehr Bürger – vor allem Geringverdiener und Rentner – wird Selbstverständliches wie Strom zum Luxusgut. Ein Ende ist solange nicht in Sicht, solange wir instabile und unsichere Energieträger den verlässlichen wie Kohle, Gas, Öl, Wasser und Kernbrennstoffen vorziehen.

Meine Damen und Herren, grüne Klimapolitik ist vor allem eines: Wohlfühlpolitik für Besserverdiener. Saubere, preiswerte und sichere Energie kann auf diese Weise nicht generiert werden. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Rainer Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende ist der Schlüssel, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Wir FREIEN WÄHLER setzen hierbei auf einen kraftvollen Ener-

giemix aus Sonne, Wasser, Biomasse, Geothermie und natürlich auch der Multitechnologie Wasserstoff. – Richtig, ein wesentlicher Leistungsträger ist natürlich auch die Windkraft. Wir stimmen mit dem Dringlichkeitsantrag darin überein, dieses Potenzial auszuschöpfen. Ohne erneuerbare Energien gibt es keinen Klimaschutz.

Uns ist bewusst, dass der Ausbau der Windkraft wieder ambitioniert forciert werden muss. Sie sehen in 10 H den strittigsten Konfliktpunkt in der Bevölkerung, der die kommunalen Entscheidungsträger polarisiert und spaltet.

Lieber Herr Stümpfig, Sie werden nicht müde, hier immer wieder die gleiche Messe zu lesen. Wie oft habe ich schon betont, dass wir FREIE WÄHLER bekanntermaßen keine großen Fans von 10 H sind. Wir haben früher gegen diese Regelung auch schon geklagt. Sie wissen aber auch, dass es einen Koalitionsvertrag gibt, in dem sich beide Partner auf 10 H verständigt haben. Noch gilt diese bayerische Rechtslage.

Meine Damen und Herren, dennoch haben sich die Vorzeichen nicht zuletzt wegen der verschärften Maßnahmen zum Klimaschutz inzwischen verändert. Unser Umweltminister hat genau deshalb auch schon mal laut über die Abschaffung der 10-H-Regelung nachgedacht, zumindest über eine Anpassung.

Auch ich sage mit Blick nach vorne: 10 H ist für uns nicht ewig in Stein gemeißelt. Wir werden uns durchaus für eine Evaluierung starkmachen. Dazu bedarf es aber einfach auch der entsprechenden Haltung und des Einvernehmens unseres Koalitionspartners. Wir werden den weiteren Ausbau der Windkraft im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Städten und Gemeinden voranbringen und diese Akteure auch aktiv an der Wertschätzung und Wertschöpfung beteiligen.

Meine Damen und Herren, Sie fordern nun eine Kampagne pro Windkraft. – Genau die haben wir ja längst. Wir setzen hier mit der Initiative "AUFWIND" und unseren "Windkümmerern" markante Akzente. Dieses Projekt ist wahrlich ein großer Erfolg.

Unabhängig von 10 H kämpfen wir weiter engagiert und ehrgeizig für die Windkraft. Jedes Rad, das sich dreht, ist für Bayern gut. Wir setzen auf unkonventionelle Lösungen wie den Windkraftzubau in privaten Wäldern und in Staatsforsten. Das ist eine Vorstellung, die sich übrigens auch mit den Ankündigungen unseres Ministerpräsidenten deckt.

Das Wirtschaftsministerium hat insgesamt 300 Standorte im Freistaat ausfindig gemacht. Erst vorgestern war ich mit den Pionieren der Energiewende – mit unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und dem Umweltminister – zu Besuch im Landkreis Bayreuth. Wir haben dort gemeinsam und geschlossen für eine ambitionierte Windoffensive in Bayerns Wäldern geworben. Das war ein wichtiges Signal. Denn dieser Zubau steht in Einklang mit Umwelt-, Natur- und Artenschutz und in Einklang mit der Bevölkerung. Die anwesenden Akteure waren – auch die des Bauernverbandes und die der Waldbesitzer – erfreulicherweise alle sehr begeistert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, frischer Wind also für Bayern. Und nicht nur das! Lassen Sie mich auch das noch sagen: Wir haben auch im Photovoltaik-Bereich eine klare Meinung und ein klares Bekenntnis. Wir setzen auf eine Solarpflicht auf staatlichen, öffentlichen und gewerblichen Dächern. Wir setzen hier nicht wie Sie, Herr Stümpfig, ideologisch und populistisch an, sondern wir setzen auf Eigenverantwortung, den Willen und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Wir lehnen deshalb Ihren Dringlichkeitsantrag und ebenso den – in Anführungszeichen – Chaosantrag der SPD ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Ludwig, es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Ludwig, ich muss schon nochmal eine Zwischenfrage stellen. Sie erzählen von frischem Wind für Bayern. Tatsäch-

lich hatten wir im Jahr 2020 vier Genehmigungen. Gleichzeitig wurden neun Genehmigungen zurückgenommen. Ist das für Sie ein Ausbau oder eher ein Rückwärts? – Von den vier Genehmigungen wurden drei beklagt. Wir haben in Deutschland mit Abstand die höchste Klagequote bezogen auf die Zahl der Genehmigungen. Das liegt natürlich auch daran, dass dieser Windkrafteerlass extrem löchrig ist. Aus seinem Aufbau atmet einfach Windkraftverweigerung.

Im Dringlichkeitsantrag sind auch Detektionssysteme enthalten. In Baden-Württemberg werden diese für besseren Vogelschutz als Bestandteil des Genehmigungsbescheides zugelassen. Bei uns in Bayern kriege ich vom Ministerium als Antwort, nein, das müsse man alles noch prüfen; prüfen könne man es aber eigentlich nicht, weil man es ja gar nicht erlaube.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Stümpfig, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Man dreht sich also immer im Kreis.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank. – Herr Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Wir haben uns ja im Wirtschaftsausschuss sehr ausführlich über diese Thematik unterhalten. Sie bringen immer wieder nur die gleichen Fragen. Ich kann Ihnen immer nur die gleichen Antworten geben.

Natürlich ist der Ausbau der Windkraft in den letzten Jahren nahezu zum Erliegen gekommen. Wir wissen das.

(Zuruf)

Deshalb auch meine Aussage: Wir wollen einen ambitionierten Ausbau der Windkraft erreichen. Unser Blick geht nicht nach hinten, sondern nach vorne. Wir arbeiten daran gemeinschaftlich mit unserem Koalitionspartner. Wir werden die Weichen entsprechend stellen, wenn Sie es nicht in Berlin tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächster Redner ist Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir tun hier gerade so, als wenn wir durch den Ausbau von Windrädern unsere Energieprobleme der Zukunft lösen könnten. Das ist doch ein Strohalm, an dem wir uns alle festhalten.

Wir haben in Bayern etwas über tausend Windräder. Ein Ausbau würde dann bedeuten, wir hätten vier-, fünf- oder siebentausend. Auf alle Fälle wird das volatil sein. Das heißt: Wir müssen dazwischen was machen.

Dann höre ich: Wasserstoff. – Wasserstoff ist nur ein Energieträger. Er muss vorher erst einmal hergestellt werden, um daraus wieder irgendwie elektrische Energie zu gewinnen; nichts anderes!

Wir haben überhaupt nichts gegen alle Arten von Energieerzeugung. Die Art ist mir vollkommen wurscht. Das kann Photovoltaik sein – prima! Geothermie – prima Sache! Windkraft – alles gut! Es muss alles zusammenpassen. Wir brauchen aber eines: lückenlose Versorgung mit Energie.

Von Herrn Stümpfig wurde gerade erzählt, wie toll es doch in Baden-Württemberg läuft. – Warum hat denn Baden-Württemberg bitte mit EnBW in Marbach gerade, nachdem sie das Kernkraftwerk abgeschaltet haben, ein 300-Megawatt-Gasturbinenkraftwerk für leichtes Heizöl gebaut, und das, um Löcher zu überwinden? – Das ist doch Wahnsinn. Und dann nennen Sie dieses Ölkraftwerk auch noch Gaskraftwerk, damit es nicht ganz so schlimm klingt. Das ist ein Witz!

(Beifall bei der FDP – Zurufe: Hört, hört!)

Bundesweit sollen 2 % der Landesfläche für die Windkraft genutzt werden. Wahrscheinlich bedeutet das für Bayern, dass 1,5 % der Landesfläche für die Windkraft genutzt würden. Wir können schon einmal beim FC Bayern München anrufen, um auf dem Elf-Meter-Punkt im Stadion das erste Windrad zu errichten. Das passt hinten und vorne nicht. Es würde alle zwei Kilometer in irgendeiner Richtung ein Windrad stehen. Das will doch keiner haben. In vielen dicht besiedelten Gebieten wie in München funktioniert das einfach sowieso nicht.

Ich habe das alles nachgerechnet. Mich macht das verrückt. Ich versuche immer, logisch zu erklären, wo die ganzen Windräder denn hinsollen. Ich habe mir den Antrag der SPD angeschaut. Die SPD mokiert sich über das Chaos. Das verstehe ich. Aber euer Antrag ist genauso chaotisch wie das Chaos, das wir im Moment haben. Ich weiß gar nicht, auf was ich mich berufen soll.

Letztendlich ist es so: Wir können diese Anträge nur ablehnen. Windkraft ist okay, aber Leute, wenn wir heute das Jahr 2030 hätten und wir euch heute die Regierungsverantwortung in Bayern übergeben würden, dann möchte ich wetten, dass wir mit der Windkraft nicht weitergekommen sind, weil auch die Bevölkerung nicht mitgeht. Die wollen das nicht in ihrer Nähe haben. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

(Zurufe)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): – Du hast nicht berücksichtigt, dass ihr in Kürze in einer Koalition seid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem gelb-grünen Scharmützel bin ich jetzt etwas ernüchtert. Ich glaube, wir werden auch von Berlin keine klaren Wegmarken erhalten, woher der Wind wehen soll. Die GRÜNEN machen die Vorgabe, dass 2 % der Landesfläche für den Windkraftausbau genutzt werden sollen. Offenbar ist die FDP fundamental dagegen. In Bayern werden wir dann wieder gefordert sein, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und zu tun, was wir tun können.

(Zurufe)

Genau das ist das Ziel meiner Energiepolitik, die ich in den letzten paar Jahren angeschoben habe. Wir haben das Thema erneuerbare Energien wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt, weil das ein immer drängenderes Thema wird. Wir steigen aus der Atomenergie aus. Die CO₂-Vorgaben aus Brüssel und Berlin zwingen uns förmlich, in die erneuerbaren Energien zu gehen. Aber es ist auch durchaus sinnvoll, in die erneuerbaren Energien zu gehen, weil sie sich jetzt als Strompreissenker erweisen. In Zeiten, in denen die Gaspreise steigen, sind erneuerbare Energien diejenigen, die die Preise drücken.

In der Vergangenheit haben Gegner der erneuerbaren Energien argumentiert, dass Strom, der aus Windkraft und Photovoltaik gewonnen wird, den Strompreis massiv ansteigern würde und Kohle- und Atomenergie billiger seien. Solange man mit abgeschriebenen Kraftwerken arbeiten kann, mag das stimmen. Auf alle Fälle ist das keine dauerhafte Lösung für die Zukunft.

In Bayern werden rund 50 % des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen. Noch erzeugen wir sieben Achtel des Stroms selber. Wenn wir jetzt aus der Atomenergie aussteigen, sieht dieses Verhältnis sehr schnell sehr viel anders aus. Zwar wird der Anteil der erneuerbaren Energien steigen, das wäre jedoch eine billige Rechnung. Das wäre falsch gespielt. Leider Gottes stellen wir fest, dass wir in diesem Fall stärker von Importen abhängig sein werden. Deshalb gilt es, das Potenzial auszuschöpfen, das wir haben.

Natürlich scheiden sich die Geister daran, wie viel wir noch zubauen können. Es geht um die Belastungsfähigkeit der Bevölkerung und die Akzeptanz vor Ort. In München schöne Zahlen an die Wand zu schreiben, ist das eine, draußen vor den Bürgerinitiativen, wo sich Befürworter der Windkraft und die Gegner schreiend gegenüberstehen, aufzutreten, ist das andere. Ich habe das als Minister x-mal miterlebt. Die einen wollen überhaupt nichts, die anderen wollen deutlich mehr. Es gibt auch Regionen im Freistaat Bayern, die schon deutlich vorgelegt haben. Das gilt vor allem für die fränkischen Regionen – vielen Dank an sie. Sie haben in der Energiewende Zeichen gesetzt. Diese massiv belasteten Regionen sagen: Soll bei uns immer noch mehr kommen? Warum nicht auch einmal bei den anderen? – Teilweise lautet die Antwort: Als Investor geht man dorthin, wo der Windertrag am besten ist. Trotzdem wird es eine landesweite Aufgabe sein, für Akzeptanz zu werben.

Wir sehen draußen verschiedene Gesichtspunkte. Wir können nur vorwärtskommen, wenn wir die Betroffenen vor Ort mitnehmen und sie zu Beteiligten machen, indem künftig die Kommunen über die Einspeisevergütungen in puncto Wind beteiligt werden. Dort sollten auch die Gewerbesteuereinnahmen sein. Lange Jahre war es so, dass Investoren von außen ihre Windräder irgendwo hingestellt haben und die Erträge woanders versteuert wurden. Die Kommunen hatten vor Ort die Feldwege zu reparieren. Das Geld floss woanders hin. Die Bürger haben den Ärger und den Streit gehabt. Der Bürgermeister hatte die Bürgerinitiativen an der Backe. Es kam jedoch nichts rüber.

Deshalb müssen wir genau diesen Weg gehen. Zunächst einmal müssen Grundbesitzer Pachteinnahmen generieren können. Die Kommunen müssen die Gewerbesteuer und die Einspeisevergütung bekommen. Wir müssen möglichst mit Bürgerenergiegenossenschaften viele Beteiligte haben, die dort mehrere Prozent Rendite erwirtschaften können. Wir haben heute über das Thema Null-Zins-Politik diskutiert. Mit der erneuerbaren Energie kann noch Geld verdient werden. Handwerker vor Ort, Bauunternehmen, Industrie und Mittelstand können mit erneuerbaren Energien große

Auftragssummen generieren. Das müssen wir ebenfalls berücksichtigen. Wenn Millionen und Hunderte Millionen Euro in den Windkraftausbau investiert werden, kann das in anderen Bundesländern der Fall sein oder bei uns. Viele sagen: Wenn andere diese Räder bauen, haben wir sie nicht vor der Haustür. Dann haben wir jedoch auch die gesamte Wertschöpfung nicht bei uns. Jetzt geht es darum, die Bürger mitzunehmen.

In Bayern bestehen 37 % der Landesfläche aus Wald. Viele windgünstige Standorte liegen eben in diesen Wäldern. Pi mal Daumen sind ein Drittel der Flächen Staatswald und zwei Drittel Privatwaldflächen. Die privaten Waldbesitzer sollten zunehmend die wirtschaftliche Chance in Zeiten erkennen, in denen der Holzpreis zwar momentan etwas höher ist, sie aber durchaus schon mit Käfer- und Dürreschäden zu kämpfen hatten. Die Waldbesitzer mussten noch Geld mitbringen, um die dürren Bäume aufzuarbeiten. Für die Stabilität unserer Wälder und den Waldbau wäre es wichtig, dass Waldbesitzer auch Geld einnehmen. Aktuell werden mehrere Zehntausend Euro pro Windrad und Jahr gezahlt. Damit könnte der Waldbetrieb querfinanziert werden. Deshalb sind die Grundbesitzer der Idee gegenüber sehr aufgeschlossen, dass sie die Möglichkeit haben, Windräder in ihren Wäldern zu errichten. Sie müssen nicht, aber können es. Wir sollten diesen Weg öffnen.

Derzeit beschäftigen wir uns noch mit der Thematik der Bauleitplanung für Windräder, die unterhalb von 10 H errichtet werden sollen. Vor wenigen Tagen standen wir im Landkreis Bayreuth in Creußen unter Windrädern, die man ehrlich gesagt nicht mehr hört. Wenn man sich unter moderne Windräder stellt, merkt man, diese sind quasi lautlos. Das Argument der Windkraftgegner, dass Windräder so laut seien, dass man nicht mehr schlafen könne, mag vielleicht für alte Anlagen gegolten haben. Die heutige Technik ist aber so weit, dass sie für Natur, Umwelt, Mensch und Tier nicht mehr in dem Ausmaß störend wirkt. Wir sind auch an neuen technischen Systemen dran. Dazu zählt beispielsweise die Abschaltautomatik bei der Annäherung von Vögeln und Fledermäusen.

Leider sind diese Dinge noch nicht gerichtsfest. Es gab Gerichtsurteile, wo diese Dinge noch nicht anerkannt wurden. Wir arbeiten daran, das hinzubekommen. Dann könnte man die Windstunden noch deutlich besser ausnutzen. Wir haben "Windkümmerer" auf den Weg gebracht, die Zahlen sind genannt: 46 von ihnen beraten und betreuen derzeit Kommunen, die Windräder errichten wollen. Es ist also keinesfalls so, dass hier eine grundsätzliche Ablehnung besteht. Man muss dabei aber die Menschen mitnehmen. Ich bin davon überzeugt, wenn das der Fall ist, dann kommen wir vorwärts.

Wir haben eine Analyse erstellen lassen, ein Gutachten gemacht. Das hat nichts gekostet, denn wir haben das mit eigenen Leuten erarbeitet mit der Maßgabe, dass die Anlagen 1.250 Meter von Siedlungen entfernt stehen. Das ist eine relativ willkürliche Zahl, die aber deutlich über den Vorgaben der Bundesimmissionsschutzvorschriften liegt. Wir haben Naturschutzgebiete und Windausschlussgebiete weggenommen, dann sind just rund 300 Standorte übrig geblieben; 100 davon im Staatswald, 200 im Privatwald. An einem Standort sind eines bis mehrere Windräder zu errichten. Wir wissen, dass nur ein Teil dieser Standorte Realität werden kann, weil man vor Ort einfach nicht will oder aus welchen Gründen auch immer. Dann bleiben einige Hundert Windräder übrig, die man mit gutem Gewissen in den Wäldern aufstellen kann. Ich bin aber nicht nur für die Wälder, das kann man gerne auch auf dem freien Feld tun. Wir stellen einfach fest, dass die Akzeptanz in den Wäldern etwas größer ist, weil die Windräder dort dem Auge des Betrachters etwas entrückt sind, weil sie hinter den Bäumen etwas verdeckt sind und weil sie mit dem Rauschen der Bäume, der Blätter, am Ende keinen Schall mehr haben. Sie hören schon jetzt so gut wie nichts. Im Wald hören Sie dann überhaupt nichts mehr. Ich bin der Überzeugung, dass dieser Weg pragmatisch ist. Niemand wird gezwungen, aber wir müssen einen Weg gehen. Pauschal zu sagen, in die Wälder wollen wir nicht rein, das wäre ein Ausschlusskriterium, das ich nicht unterstützen kann.

Nun sage ich noch als Jäger ein Wort zu dem Thema. Man könnte meinen, die Tiere würden dort verscheucht. Ich habe mit mehreren Jägern über das Thema gesprochen. Sie sagen, Sie haben Windräder in ihren Wäldern. Anfangs hatten auch sie große Bedenken. Mittlerweile äsen dort Rotwild und Rehwild unter den Windrädern. Sie haben die Windräder akzeptiert. Auf den Freiflächen finden sie teilweise bessere Äsungsbedingungen als vorher in der Fichtenmonokultur. Also auch der Aspekt eines Eingriffs in das Ökosystem ist nicht so zu sehen, dass man das als ökologische Katastrophe darstellen könnte oder als Vogelschredder. All diese Argumente, die wir hier hören, treffen nicht zu.

Ich appelliere deshalb, diesen vernünftigen Weg in der Diskussion mitzugehen. Ich weiß, immer wenn es draußen konkret wird, gibt es viele Gründe dagegen. Wir müssen aber die erneuerbaren Energien ausbauen. Wir sehen bei der Windenergie durchaus Potenzial, denn ein neues Windrad heutiger Bauart mit 250 Metern Höhe – diese 6-MW-Klasse – bringt Strom für 10.000 Bürger. Meine Damen und Herren, auch das muss man sagen: Das ist kein Spielzeug, das man irgendwo hinstellt, sondern damit können Sie eine mittelgroße bayerische Kommune rein rechnerisch mit Strom versorgen. Natürlich heißt es dann, der Wind weht nicht immer. Das wissen wir. Es gibt heute aber schon viele Überlegungen, diesen Strom in Wasserstoff umzuwandeln und damit grünen Wasserstoff aus bayerischer Produktion zu gewinnen. Das sind Wege, die wir anstreben. Deshalb kämpfe ich dafür, dass wir die Windenergie in Bayern weiter ausbauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vielleicht noch zu den Fragen, wie viele Windräder wir haben, wie viele wir uns am Ende vorstellen können, vor allem aber, wie viele wir brauchen. Derzeit haben wir 1.130 Windräder, aber die sind nicht neuester Bauart. Ein neues Windrad bringt so viel Strom wie mindestens fünf dieser älteren Räder. Das heißt, wenn wir 200 bis 300 neue Windräder bauen, dann haben wir schon die Verdoppelung der Stromleistung aus Wind in Bayern. Wenn wir ein paar Hundert mehr haben, dann haben wir sehr

schnell eine Verzweifachung oder Verdreifachung des Windkraftstroms. Das brauchen wir, dann sind wir etwa auf der Höhe der Stromleistung, die wir aus der Wasserkraft und aus Photovoltaik erzeugen. Auch bei diesen Energieformen sind wir gut unterwegs. Das will ich am Rande der Debatte noch erwähnen.

50 % der Photovoltaik-Freifläche wird derzeit in Bayern errichtet. Mit unserem Photovoltaik-Speicherprogramm haben wir jetzt 60.000 Anträge ausgelöst. Das betrifft auch neue Dachanlagen. In meinen Augen ist das der bessere Weg als über PV-Pflichten im Privaten nachzudenken. Besser ist es, den Leuten Anreize zu geben. Ich appelliere an die neue Bundesregierung, die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit wir die Menschen bei der Photovoltaik dort abholen, wo sie sind. Viele wollen mehr Photovoltaik erzeugen und einspeisen. Sie scheitern aber an vielen bürokratischen Hindernissen und nicht zuletzt an den Netzbetreibern, weil es in vielen Fällen jahrelang dauert, bis sie einspeisen können. Das Mieterstrommodell ist nicht ideal und auch nicht das Thema EEG-Umlage bei Eigenverbrauch. All diese Probleme müssen gelöst werden und werden hoffentlich bald gelöst, damit wir bei der Photovoltaik einen neuen Ausbauboom schaffen. Bayern ist Sonnenland. Sonnenenergie wird noch besser akzeptiert als die Windenergie. Hier können wir also durchaus massiv zulegen. Derzeit haben wir mehr als doppelt so viel Stromerzeugungsleistung aus Photovoltaik wie aus Windenergie. Hier haben wir also ein weiterhin großes Potenzial, das es zu nutzen gilt.

Ich gehe deshalb diesen Weg mit den Bürgern vor Ort, mit den Kommunen, mit den Waldbesitzern, mit der Wirtschaft, mit den Handwerkern, die davon profitieren. Die Menschen vor Ort überzeugen, mit oder ohne 10 H. Auf dieses Thema können wir uns heute gar nicht einschließen, denn ohne Akzeptanz geht es so oder so nicht. Wir müssen die Bürger mitnehmen, dann wird ein Schuh daraus. Ich bitte Sie deshalb, dass wir über alle Parteigrenzen, über alle Fraktionsgrenzen hinweg die Chancen der erneuerbaren Energie für die Versorgungssicherheit des Freistaats Bayern nutzen. Wir dürfen nicht das eine ideologisch ablehnen oder nur das andere fordern. Wir müssen

alle Potenziale optimieren, um möglichst wenig Strom zukaufen zu müssen. In der Windenergie liegt eine große Chance. Wir arbeiten daran und kommen hier zu guten Ergebnissen.

Mich freut es, dass dieses Thema heute wieder diskutiert worden ist. Ein letzter Satz: Natürlich ändert sich draußen auch regelmäßig die Einstellung zu den erneuerbaren Energien. Mit dem Thema Biomasse sind wir vor vielen Jahren gestartet. Plötzlich kam die Tank-oder-Teller-Debatte. Als die Windkraft vor zwanzig Jahren und dann vermehrt vor zehn Jahren genutzt wurde, da gab es anfangs eine große Euphorie. Plötzlich war es dann vielen zu viel, vielleicht auch, weil etwas unsensibel vorgegangen wurde. Als Dörfer schon von mehreren Windrädern beglückt waren, sagte man: Ihr seid schon vorgeschädigt, ihr bekommt noch fünf weitere dazu. – Da wurden dann aus vielen Windkraftbefürwortern Windkraftgegner. Also, ganz klar: Mit der Bevölkerung vor Ort kommen wir in der Windkraft gezielt vorwärts. Gegen die Bürger geht nichts. Deshalb: Mit Vernunft an die Sache herangehen, dann kommen wir zum Ziel. Wir brauchen mehr Windkraft in Bayern.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es liegen fünf Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor.

(Zurufe: Oh, nein!)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Jede Fraktion hat eine.

(Heiterkeit – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Aus fast allen Fraktionen. Das sage ich zu all denen, die gerade stöhnen und seufzen. Zwischenbemerkung Nummer eins: Albert Duin, FDP.

Albert Duin (FDP): Herr Staatsminister, wie viel Unsinn Sie erzählt haben und wie viele Leute Sie mitnehmen wollen. Ich weiß gar nicht, wo Sie die alle mit hinnehmen wollen.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich höre Sie akustisch nicht. Bitte noch einmal. Sie müssen näher an das Mikrofon heran.

Albert Duin (FDP): Jetzt? Hören Sie mich jetzt?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ja, wir hören Sie. Ein bisschen lauter.

Albert Duin (FDP): Ich habe jetzt so oft von Ihnen gehört, dass Sie Leute mitnehmen wollen. Da haben wir aber bald keine Leute mehr in Bayern.

(Heiterkeit)

Ich verstehe schon, dass Sie Leute mitnehmen wollen. Aber Sie haben heute gehört, Herr Stümpfig beschwert sich darüber, dass zu viele Leute klagen. Also möchte man die Klagen nun womöglich auch noch einschränken?

Ist der Zuwachs beim Bedarf, speziell auch in der Chemieindustrie, überhaupt berücksichtigt? Und noch etwas: Sie sagen, ein 6-Megawatt-Windrad kann 10.000 Leute versorgen, und wenn der Wind mal nicht weht, dann nehmen wir den Speicher. Dafür müssen Sie dann aber schon vier Windräder bauen, weil der Wind eben nur 1.800 Stunden im Jahr bläst. In den anderen Stunden bläst er eben nicht, da müssen wir die Leute aus dem Speicher versorgen. Sie brauchen also vier Windräder. Also, das Ganze ist nicht überzeugend.

Noch etwas zur Belehrung: Es gibt keine erneuerbaren Energien.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Duin. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sie haben hier zwar kritisiert, was alles nicht läuft, Sie haben aber mit keiner Silbe gesagt, was Sie wollen. Wollen Sie die Atomlaufzeit verlängern? Wollen Sie weiterhin Kohlestrom produzieren? Sie haben nur alles Erneuerbare schlechtgeredet, was ich hier nicht unterschreiben kann. Natürlich können wir gespeicherten Strom nicht mehr zu 100 % so nutzen, als würde er direkt genutzt; aber lieber gespeichert und somit zu einem gewissen Anteil gerettet als gar nicht gerettet. Ihre Argumentation, dass wir dann ja nichts tun brauchen, weil das eh nichts bringt, führt in den Wald. Sie führt uns nicht weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, wie Sie wissen, vertrete ich den Stimmkreis Hof. Im Landkreis Hof haben wir die meisten Windräder in Bayern. Ich beobachte regelmäßig, dass ein Teil unserer vielen Windräder abgeschaltet wird und der andere Teil sich weiterdreht. Teilen Sie meine Auffassung, dass der schnellste und effektivste Ausbau der Windenergie der wäre, dafür Sorge zu tragen, dass diese Windräder nicht mehr abgeschaltet werden müssen? Haben Sie eine Vorstellung davon oder können Sie mir Aufschluss darüber geben, welche Strommenge uns allein dadurch entgeht, dass Windräder ständig zwangsweise abgeschaltet werden müssen? Teilen Sie meine Meinung, dass wir deshalb den Ausbau auch der Gleichstromleitungen schnellstmöglich voranbringen müssen, damit wir die bereits bestehenden Windräder zu 100 % nutzen können?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das ist ein sehr wichtiger Aspekt. Ich gebe Ihnen recht. Ich habe jetzt nicht die Prozentzahlen da, wie lange die Windräder stehen. Häufig ist es ja so, dass man in einem Windpark sieht, dass sich drei Räder drehen, das vierte Rad nicht. Dieser Zustand ist in der

jetzigen Wirtschaftlichkeitssituation die falsche logische Konsequenz, weil eben momentan die Fossilen dann noch einspringen, weil wir in Überschusszeiten die Speicher noch nicht haben. Sie haben sich bis dato noch nicht rentiert. Dann wird der Strom lieber entsorgt oder nicht erzeugt, und man füllt dann ein paar Stunden später wieder mit Gaskraft und Kohlestrom die Lücken.

Deshalb kämpfe ich massiv dafür, dass wir über Elektrolyseure usw. in dieser Zeit grünen Wasserstoff erzeugen und diesen Strom mit Großspeichern speichern. Ich will auch ein Pumpspeicherkraftwerk – Riedl bei Passau – voranbringen. Auch das ist bei Naturschützern durchaus umstritten. Aber dort gibt es dann die Möglichkeit, in großem Stil erneuerbare Energien zu speichern. Jawohl, das müssen wir tun.

Wir müssen auch in die Richtung gehen – ich war gestern auf einer Tagung "Digitalisierung und Energie" –, Angebot und Nachfrage noch gezielter zusammenzubekommen, dass wir schnell börsenmäßig sagen können: Momentan ist der Strom billiger, weil der Windstrom nicht eingespeist werden kann; nimm diesen jetzt also bitte schnell ab! So können wir mit den modernen Techniken der Digitalisierung gezielt diese Überschussspitzen wegbekommen.

Natürlich haben wir die Beschlüsse zum Netzausbau und zu den Nord-Süd-Trassen, die mindestens so umstritten sind wie der Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort. Aber die sind jetzt in Berlin beschlossen. Sie sind auf den Weg gebracht. Da sagt man: Okay, dann haben die anderen die Windräder, und wir kaufen ihnen den Strom ab. – Das wird eine Lösung für gewisse Energiemengen sein. Trotzdem halte ich es für sinnvoll, nicht allein darauf zu setzen, sondern auch die eigenen Potenziale auszunutzen.

Auch an den Netzbetreibern vor Ort bin ich momentan dran. Wir haben Runde Tische anberaumt, weil ich vermehrt die Klagen von Gewerbetreibenden höre, die auf die Dächer ihrer Betriebsgebäude große Photovoltaikflächen montieren wollen und dann bis

zu drei Jahre warten müssen, bis sie überhaupt ins Netz dürfen. Auch hier müssen wir anschieben, um die Netze schneller zugänglich zu machen.

Übrigens kann man auch im Energieatlas nachschauen, welche Netze an welcher Stelle derzeit noch für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich glaube, hier im Plenum herrscht ein bisschen Unsicherheit über die Redezeit. Damit das ganz klar ist: Jeder Fragesteller aus dem Plenum hat bei Zwischenbemerkungen selbstverständlich eine Minute, die Antwortzeit für einen Abgeordneten ist ebenfalls eine Minute. Die Staatsregierung kann so lange reden, wie sie das für nötig hält. Das war beim Herrn Kollegen Füracker so; das ist so. Das ist selbstverständlich auch beim Kollegen Staatsminister Aiwanger so. Was allerdings hinzukommt: Wenn die Gesamtredezeit der Staatsregierung überschritten ist, wird die Redezeit für die Abgeordneten noch einmal entsprechend der Stärke der Fraktionen aufgeteilt. Damit Sie einen Eindruck gewinnen: Die Staatsregierung hat jetzt – jetzt habe ich nicht genau geschaut – insgesamt noch etwa drei Minuten Redezeit. So viel zur faktischen Darstellung, damit da keine Unklarheiten aufkommen.

Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Ralf Stadler von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister Aiwanger, vielleicht können Sie sich noch erinnern: Wir waren einmal, im Februar 2019, beim ehemaligen Ölkraftwerk in Pleinting bei Vilshofen. Da haben Sie noch mords von den Gaskraftwerken geschwärmt – nach einem Zeitungsbericht, ich zitiere einmal: "Einen besseren Standort für ein Gaskraftwerk haben wir eigentlich nicht" – mit diesem Satz hat Hubert Aiwanger [...] auf dem stillgelegten Kraftwerksgelände in Pleinting vielen Anwesenden eine Riesenfreude gemacht." – Gas ist bis jetzt noch keines geflossen, nur heiße Luft. Jetzt machen Sie schon wieder ein neues Fass auf. Jetzt kommen Sie daher und reden von

zig Windrädern, die Sie in Bayern aufstellen möchten. Jetzt würde mich aber erst einmal interessieren: Was ist jetzt eigentlich aus Pleinting geworden?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sie wissen vielleicht, dass wir keine staatliche Planungswirtschaft haben, bei der ein Wirtschaftsminister auf der Landkarte ein Kreuzchen macht und dann dort ein Gaskraftwerk errichtet wird, sondern das muss sich im Markt bewähren. Wenn hier ein Investor ein Gaskraftwerk hinstellt und das dem Markt andient, dann unterstütze ich das vollumfänglich. Aber ich kann nicht sagen, dass dort ein Kraftwerk hinmuss, und auch nicht: Stell dort ein Kraftwerk hin, dann kaufe ich dir den Strom für den Betrag x ab. – Vielmehr sind das privatwirtschaftliche Investitionsentscheidungen. Ich halte diesen Standort dort für sehr günstig. Trotzdem bin ich nicht der, der zu jemand sagt: Du musst jetzt dort investieren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Wie die Windkraft; auch die stellt nicht der Staat hin.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von dem fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda. Bitte, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Aiwanger, ein Wirtschaftsminister ist dann erfolgreich, wenn er das Vertrauen der Menschen hat, wenn er das Vertrauen der Wirtschaft hat und wenn er in seiner Wirtschaftspolitik Erfolge hat. Sie wollen den Bürger mitnehmen. Ich frage mich, wohin. In einen mit Windrädern bestückten Wald? – Das haben Sie heute gesagt.

Sie setzen auf die Geldgier der Bürger, aber eben nicht der Bürger, sondern nur der privilegierten, wohlhabenden Bürger. Sie wollen praktisch den Bürger korrumpieren, indem Sie ihm Beteiligungen, Pachten usw. versprechen, damit da Zustimmung

für die Windräder kommt. Aber Sie verlieren dabei die große Zahl der FREIEN WÄHLER und Bürger in den Kommunen vor Ort, die Wert auf die Wald- und Kulturlandschaft in Bayern legen und nicht alles zubetoniert oder verspargelt haben wollen. Bedenken Sie auch: Sie müssen diesen Bürgern, die Sie finanziell beteiligen wollen, auch sagen, dass die Entsorgung der Windräder nach Ablauf der Laufzeit oder der Wirtschaftlichkeit auf sie zukommen wird, und die Kosten dafür sind immens hoch. Dazu haben Sie noch überhaupt nichts gesagt. Wie stellen Sie sich das dann vor? Glauben Sie – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Okay, den Bürger vor Ort mitzunehmen, heißt für mich, vielleicht im Gegensatz zu dem, was andere denken, dass wir die Menschen vor Ort überzeugen, den Weg mitzugehen. In vielen Fällen ist das gelungen. Ich habe Ihnen vorher gesagt, dass viele weitere Interessenten Windräder errichten wollen und bei uns Anträge gestellt haben. Wir beraten sie. Das ist meine Vorgehensweise: mit den Bürgern; gegen die Bürger können wir nicht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächste und letzte Zwischenbemerkung: von Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion. Bitte, Frau Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Staatsminister Aiwanger, mir gefällt ja Ihr Bild vom Rehlein auf der Lichtung unter dem hübschen Windrad. Wenn man das Windrad grün anmalt, kann man das Bild sicher auch an die Wand hängen.

Ich habe jetzt zwei konkrete Fragen mit der Bitte um eine sehr kurze Antwort. Erstens. Sie sagen zu Recht, neue Windkraftanlagen sind leiser, effizienter und besser. Warum machen Sie dann immer noch die Probleme beim Repowering, wenn man aus alten neue Anlagen machen will?

Zweitens. Bis wann ist mit einer Einigung mit dem Landwirtschaftsministerium zu rechnen, sprich wann gibt das Kabinett eine Strategie für Windräder in Wäldern raus?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Wir arbeiten auf alle Fälle zusammen und haben hier nicht unbedingt die Notwendigkeit, dass die privaten und die staatlichen Wälder in eine Richtung marschieren müssen. Auf alle Fälle müssen Anträge vor Ort gestellt werden. Wenn BaySF Anträge auf Windräder bei den Kommunen stellt, dann läuft das im BaySF. Wenn private Waldbesitzer bei ihrer Kommune Anträge stellen, dann läuft das im Privaten. Wir müssen uns hier nicht unbedingt über die Zahl der Windräder einig sein, die realisiert werden sollen.

Ihre erste Frage war noch mal?

Annette Karl (SPD): Repowering.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ach so, Repowering. Okay, meine Antwort darauf kurz in zwanzig Sekunden: Die alten Windräder hatten eine Höhe von 80 bis 120 Metern, die neuen Windräder haben 250 Meter Höhe. Jetzt kann ich nicht automatisch sagen: Wer ein altes Windrad hat, erhält ein neues. Hier sind deutliche Unterschiede in der Höhe zu sehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18561 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Sonst sehe ich keine Zu-

stimmung. Wer ist dagegen? – CSU, FREIE WÄHLER, AfD, FDP und beide fraktionslose Abgeordnete. Wer enthält sich? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/18564 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, sonst niemand. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen! – Die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.